

Bundeswehr drängt in Schulen



Jugendoffiziere sollen Schüler*innen „Putins Krieg“ erklären

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der damit zunehmenden Militarisierung in unserer Gesellschaft versuchen Politik und Teile der Medien das Image der Bundeswehr aufzubessern. Auch die umstrittenen Bundeswehr-Besuche an Schulen sollen gepusht werden.

Bereits Anfang März 2022 setzte Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf die Jugendoffiziere der Bundeswehr: „Als sicherheitspolitische Experten sind sie eine Bereicherung für den Unterricht, besonders jetzt“, sagte sie der Bild-Zeitung. „Es ist wichtig, dass der russische Angriff auf die Ukraine und die Folgen für Deutschland und Europa auch im Schulunterricht altersgerecht thematisiert werden.“ (Welt, 09.03.22)

Scharfer Protest von Schülervertretung und GEW

Bei den schulischen Akteur*innen wird dies offenbar anders gesehen. Sowohl die Landeschüler*innenvertretung als auch die Bildungsgewerkschaft GEW in NRW lehnen laut der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) vom 25.03.22 den Einsatz von Jugendoffizieren im Unterricht ab. Denn damit seien einseitige Beeinflussung und Imagewerbung für die Bundeswehr verbunden.

„Deplatziert“ sei der Vorschlag der Bildungsministerin, sagte Anja Bensinger-Stolze, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft für den Bereich Schule. „Vor allem jüngere Kinder könnte es sogar noch zusätzlich verstören, wenn uniformierte Offiziere in die Schulen kommen. Krieg als schulisches Thema gehört in die Hand der dafür ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen, zum Beispiel in der politischen Bildung.“ (Welt, 05.03.22)

Unterrichtsmaterialien zum Krieg in der Ukraine

Die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) hat im Mai dieses Jahres Unterrichtsmaterial mit dem Titel „Was Geht? Krieg von Russland gegen die Ukraine“ herausgebracht (überarbeitet Juni 22).

Am Ende ihrer Broschüre fragt die bpb: „Wie kann Frieden werden?“ Warum sie bei möglichen Antworten auf diese Frage die im Laufe des Krieges gemachten Vorschläge für einen Verhandlungsfrieden – wie beispielsweise die Neutralität der Ukraine oder eine Autonomieregelung im Donbass – nicht einmal nennt, bleibt ihr Geheimnis.

Kriege brauchen Rüstung und Kriegspropaganda. Für beides hat die Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung Grundlagen geschaffen, die der Förderung demokratischer und friedensorientierter Bildung widersprechen. Dem Verständnis von Bildung, wie es u.a. in Artikel 26 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO von 1948 zum Ausdruck kommt, trägt dieses Material der bpb wenig Rechnung. Denn die UNO fordert: „Sie (die Ausbildung) soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.“

Wir wollen

- eine demokratische und friedensorientierte Bildung, statt Militarisierung von Kindern und Jugendlichen durch Auftritte von Jugendoffizieren der Bundeswehr im Unterricht,
- kein einseitiges, Feindbilder förderndes Unterrichtsmaterial z.B. zum Krieg in der Ukraine,
- keine Werbung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit, an Schulen und auf Berufsmessen.

Wir unterstützen

- Schüler*innen, die es ablehnen, am Unterricht mit Jugendoffizieren teilzunehmen,
- Eltern, die es ihren Kindern ermöglichen wollen, sich der Teilnahme an Bundeswehrveranstaltungen zu entziehen,
- Schüler*innenvertretungen und Lehrer*innen, die versuchen, ihre Schule z.B. über Konferenzbeschluss militärfrei zu halten.

Antikriegstag 2022

Schule ohne Bundeswehr-Göttingen

sobgoe.noblogs.org | sobgoe@riseup.net